

SPERRFRIST:

1. Mai 2021, Redebeginn

REDE

Es gilt das gesprochene Wort!

Stefan Körzell

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

1. Mai 2021 - Solidarität ist Zukunft

Hennigsdorf, Brandenburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich sehr, heute bei Euch in Hennigsdorf zu sein. Danke für Eure Einladung!

Auch wenn wir heute hier dank des Hygienekonzeptes stehen können und ich zu Euch sprechen darf: Die Gefahr, an Covid-19 zu erkranken und schlimmer ist noch lange nicht gebannt. Daher – achtet bitte auf genügend Abstand und lasst die Maske auf der Nase.

Solidarität ist –

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Corona hat nun seit mehr als einem Jahr einen bestimmenden Platz in unser aller Leben und Arbeiten. Diese Krise verlangt Geduld.

Wir fragen uns immer wieder:

- Wann hört das endlich auf?
- Wann laufen die Dinge wieder planbar, überschaubar?
- Wann können wir unsere Freizeit wieder so gestalten, wie wir es wollen?
- Wann hören die Einschränkungen auf, die einerseits schützen sollen und auf der anderen Seite manchen die wirtschaftliche Existenz kosten können?

Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe bald! Ich bin mir allerdings auch in einem sicher. Durchstehen können wir diese Zeit nur gemeinsam – nur solidarisch.

Solidarität ist Zukunft! Aie ist das Prinzip der Gewerkschaften

Solidarität ist keine App zum Herunterladen.

Sie muss täglich neu gelebt werden.

Dank der Kurzarbeit haben zigtausende Beschäftigte ihre Arbeit noch. Das ist in anderen Ländern anders. Wir haben dafür gesorgt, dass das Kurzarbeitergeld auf bis zu 87 Prozent erhöht wurde.

Die Gewerkschaften haben dank ihrer Tarifverträge vielfach weitere Aufstockungen durchgesetzt.

Solidarität ist: Auch in der Krise dafür sorgen, dass die Kolleginnen und Kollegen ein anständiges Auskommen haben! Tarifgebunden geht das noch besser!

Die Bundesregierung hat milliardenschwere Konjunkturpakete geschnürt, um den Einbruch der Wirtschaft und eine größere Pleitewelle zu verhindern.

- Kinderbonus,
- Zukunftsinvestitionen,
- Liquiditätshilfen für Unternehmen,
- Soloselbständigen den Zugang zum Arbeitslosengeld erleichtert

viele unserer Forderungen haben wir dabei durchgesetzt.

Solidarität ist: Investieren.

Das geht nur ohne schwarze Null und ohne Schuldenbremse. Einer Krise kann man nicht hinterher sparen, man muss aus ihr herauswachsen. Die Schuldenbremse ist und bleibt eine Zukunftsbremse.

Eine Anmerkung muss ich hier machen:

Während die Arbeitgeber beim Kurzarbeitergeld die Sozialversicherungsbeiträge erstattet bekommen, müssen unsere Kolleginnen und Kollegen in Kurzarbeit mit einer Steuernachzahlung rechnen, weil ihnen ein höherer Steuersatz droht. Der Progressionsvorbehalt auf Lohnersatzleistungen gehört abgeschafft! Da werden wir keine Ruhe geben!

In der Politik und im Betrieb machen wir uns stark dafür, dass Kolleginnen und Kollegen vor der Infektionsgefahr geschützt sind.

- Schichten wurden entzerrt,
- Abstandsgebote und Hygieneregeln werden eingehalten,
- Homeoffice muss – wo möglich – angeboten werden, Arbeitgeber müssen ihren Beschäftigten Tests zur Verfügung stellen.

Dank unseres Engagements gelten neue verbindliche Arbeitsschutzregelungen. Diese gilt es einzuhalten.

Solidarität ist Mitbestimmung.

Nur gemeinsam lässt sich die Krise bewältigen – in Betrieb und Gesellschaft.

In den vergangenen Monaten sind einige Berufe ganz besonders in den Vordergrund getreten. Nicht, weil sie zu anderen Zeiten weniger wichtig sind. Die Beschäftigten in der Alten- und Krankenpflege, im Einzelhandel, in der Logistik, in der öffentlichen Verwaltung, im ÖPNV, Reinigungskräfte, bei Polizei und Rettungskräften und in vielen anderen Bereichen – sie können ihren Beruf nicht von zuhause aus ausüben. Sie sind zu jeder Zeit für uns da. Sie haben Applaus erhalten und Corona-Prämien. Das ist super, reicht aber nicht. Wer es ernst meint mit der Anerkennung, der lässt sich beim Geld auf Dauer nicht lumpen!

Hier hilft nicht nur Solidarität, hier geht es um eine würdige Bezahlung!

Fehlende Ausbildungsplätze, verschleppte Prüfungen, ein erschwerter Lernalltag, existentielle Nöte – das ist die Wirklichkeit von **Schulabgängern, Auszubildenden und Studierenden**.

Wenn der Nebenjob weg ist, gibt es für sie keine staatliche Hilfe. Reicht das Geld nicht mehr, dann heißt es im Zweifel: zurück zu den Eltern.

Wir haben Druck gemacht: Nun gibt es den 500-Millionen-Euro-Schutzschirm für Auszubildende und die Förderung der Ausbildungsvergütung, um Kurzarbeit bei Auszubildenden zu vermeiden.

Es gibt Anreize für Unternehmen, die das Ausbildungsniveau halten oder anheben. Das BAföG wird nun länger gezahlt. Und wenn Studierende in systemrelevanten Bereichen arbeiten, wird ihr Einkommen nicht angerechnet.

Solidarität ist, Perspektiven erhalten

Mit dieser Krise haben viele Menschen ihre Arbeit verloren. Damit sie nicht vor dem finanziellen Aus stehen ist es uns gelungen, den Bezug des Arbeitslosengeldes bis Ende 2020 jeweils um drei Monate zu verlängern. Auch bei der Grundsicherung gibt es Erleichterungen:

Keine Vermögensprüfungen für Hartz-IV-Bezieher und Bezieherinnen bei Anträgen bis Ende 2021 und es werden die tatsächlich anfallenden Wohnkosten übernommen.

Das ist besonders für diejenigen wichtig, die einen Minijob hatten und nun die Grundsicherung beziehen.

Solidarität ist, da sein, wenn es ganz hart kommt.

Was die Minijobs betrifft, bleiben wir dabei: Die gehören abgeschafft.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

diese Krise ist eine Herausforderung, eine Geduldsprobe, ein Brennglas, das die gesellschaftlichen Missstände auf harte Weise sichtbar macht. Sie lehrt zugleich, dass das Bestehen in der Krise nur klappt, wenn alle ihren Teil dazu beitragen. Das funktioniert nicht, wenn jeder nur an sich denkt. Nach dem Motto, dann ist an alle gedacht.

Kritik am Krisenmanagement ist jeder Zeit möglich und oft bitter nötig. Wer aber quer durch die Republik reist, um ohne Maske und Abstand seinen Unmut kund zu tun, der gefährdet viele tausend andere, die sich selbst in vielfacher Weise beschränken – weil sie solidarisch sind. Solche Aktionen gefährden den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wer sich so verhält, schlägt den Beschäftigten in den Krankenhäusern und auf den Intensivstationen direkt ins Genick.

Wer gemeinsam mit Nazis gegen die Schutzmaßnahmen zu Felde zieht und meint, ist doch gar nicht schlimm, der unterstützt die Nazis – ob er will oder nicht.

Mobil machen gegen die Demokratie und gegen die gemeinsamen Anstrengungen zur Eindämmung der Pandemie: Das ist unsolidarisch!

Mit Investitionen durch die Krise und in die Zukunft

Aus der Krise kommen wir nicht, indem wir hineinsparen, sondern indem wir herauswachsen. Dass die Schuldenbremse und die schwarze Null dabei toxisch sind, hat die Bundesregierung zum Glück auch schnell begriffen.

Wir sagen aber auch, dahin führt kein Weg zurück, wenn wir den Investitionsrückstand aufholen und uns bereit für die Zukunft machen wollen.

Die Schuldenbremse gehört nicht ausgesetzt – sie gehört abgeschafft. **Solidarität ist, aus Fehlern lernen.**

Mit den Investitionen ist es nicht weit her. Dabei gibt es viel zu tun. **Digitalisierung und Netzausbau** sind in Deutschland mancherorts immer noch Neuland oder besser gesagt - Niemandsland.

Glasfaser ist vielerorts noch reine Zukunftsmusik – gerade wenn nicht viele Menschen dort leben.

Wir setzen uns für gleichwertige Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land ein.

Wenn wir Unternehmensansiedlung samt Arbeitsplätzen wollen,
dann muss da Internet hin.

Andernfalls werden ganze Regionen einfach abgehängt.

Daher fordern wir „Schnelles Internet an jeder Milchkanne!“

Um **Kitas, Schulen und Universitäten** zukunftsfest zu machen, brauchen wir endlich eine Bildungsoffensive. Dabei gilt: Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen!

Zu der Bildungsoffensive zählt eine flächendeckende Ganztagsbetreuung, die jedem Kind die gleichen Bildungschancen ermöglicht. Ohne das alles ist bald Schluss mit dem Land der Dichter und Denker.

Wir tragen die **Klimaziele** für das Jahr 2050 mit. Dafür braucht es Investitionen.

Wir wollen, dass auch in Zukunft Stahl, Zement und chemische Produkte in Deutschland produziert werden.

Hier in Hennigsdorf wird grüner Stahl produziert – das braucht es auch auf der Hochofenroute.

Diese Investitionen können die Unternehmen aber nicht alleine stemmen.

Aus dem Handlungskonzept Stahl muss ein Umsetzungskonzept Stahl werden.

Papier ist genug beschrieben.

Für eine **Verkehrswende** brauchen wir

- einen flächendeckenden ÖPNV,
- eine gute Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität und vor allem
- den Ausbau des Schienenverkehrs.

Nur mit einer **aktiven Industrie- und Strukturpolitik** des Staates stellt er die Weichen für eine nachhaltige Wirtschaft mit Guten Arbeitsplätzen.

Wir als Gewerkschaften haben dabei einen

Gestaltungsanspruch – wir sind keine Zaungäste.

Es reicht nicht aus, auf private Initiativen zu warten. Der Staat muss mit gutem Beispiel vorangehen und Anreize für private Investitionen setzen.

Mehr als 2 Billionen Euro an privaten und öffentlichen Investitionen sind nötig (z.B. erneuerbare Energien sowie innovative Strom- und Wärmenetze), um Deutschland bis 2050 klimaneutral zu machen.

Die Investitionsbedarfe sind regional unterschiedlich. Deshalb brauchen finanzschwache **Kommunen** oder die vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen mehr Unterstützung.

Einen armen Staat, der Schwimmbäder und Bibliotheken schließt oder die Gebühren drastisch anhebt, können sich nur die Reichen auf Dauer leisten!

Wir haben klare Anforderungen an ein **gerechteres Steuersystem** formuliert.

Mit unserem Steuerkonzept werden 95 Prozent der Haushalte (bei der Einkommenssteuer) entlastet.

Zugleich sollen die Reichen und Superreichen für das Gemeinwesen wieder stärker zur Verantwortung gezogen werden.



Wir lehnen es ab, dass Menschen Steuern zahlen müssen, die kaum mehr Einkommen haben, als das ohnehin viel zu gering bemessene Existenzminimum.

Wir lehnen es ab, dass viele Tarifbeschäftigte mit ordentlichen Löhnen und Gehältern bereits den Spitzensteuersatz zahlen müssen. Währenddessen können sich Aktionäre mit einer lächerlich geringen Abgeltungssteuer von pauschal 25 Prozent und ungeachtet der Höhe ihrer Dividenden einen schlanken Fuß machen.

Damit muss Schluss sein.

Wer als Krisengewinner ordentlich Vermögen horten konnte oder als Erbe gar nicht auf eigener Hände Arbeit angewiesen ist, der hat ein Abo auf der Sonnenseite – auch in der Krise.

- Seit mittlerweile einem Vierteljahrhundert verzichtet unser Staat darauf, die **Vermögenssteuer** wieder zu erheben. Gerade die Erben von Unternehmensvermögen werden Jahr für Jahr mit sieben Milliarden Euro Steuerfreiheit auf ihren leistungslos erworbenen Reichtum belohnt. Das ist dekadent!
Geld ist genug da und damit die Pflicht, sich an der Finanzierung unseres Gemeinwesens zu beteiligen. Eigentum verpflichtet!

Geradezu obszön wirkt dann noch die Forderung nach einer abermaligen Senkung der Unternehmenssteuern.

- Denn: Unternehmenssteuern sind vor allem Steuern auf den Gewinn. Viele Unternehmen, die derzeit Verluste einfahren brauchen sich deshalb auch gar nicht vor den Steuern zu fürchten. Die haben ganz andere Sorgen.

Wer aber trotz oder sogar gerade wegen der Krise ordentliche Gewinne einfährt, dem muss man nicht auch noch Steuergeschenke hinterherwerfen.

Den muss man in die Pflicht nehmen!

Diese Unternehmen reizen ihre Marktmacht hemmungslos aus – zum Schaden anderer Unternehmen, der Beschäftigten und Konsumenten.

Wir brauchen dauerhaft und über diese Krise hinaus ein grundlegend gerechteres Steuersystem.

So richtig es ist, kurzfristig Kredite aufzunehmen und das Verbot der Neuverschuldung auszusetzen, so wichtig ist es, dass Bund, Länder und Kommunen in die Lage versetzt werden, dauerhaft ihren Aufgaben steuerfinanziert nachkommen zu können.

Strukturwandel gestalten

Der Strukturwandel – getrieben durch die Digitalisierung und die Energiewende – verändert unser Arbeiten. Industrie und Dienstleistung sind im Umbruch.

Wir sagen: Nur ein sozial gerechter Strukturwandel ist ein guter Strukturwandel. Er gelingt nur mit den Beschäftigten, niemals aber gegen sie!

Das heißt: Gute Arbeit, Tarifbindung und Mitbestimmung sind ein Muss – für bestehende wie für neue Arbeitsplätze und Branchen. Sie sind die Garantie für Sicherheit im Wandel. Sie sorgen für wirtschaftliche und soziale Teilhabe.

Wenn sich der Staat an Unternehmen beteiligt und diese Unternehmen mit Investitionen unterstützt, gibt es die Unterstützung aber nicht zum Null-Tarif.

Nur wer tarifgebunden ist und mitbestimmt, der darf mit finanzieller Unterstützung aus öffentlichen Geldern rechnen. Den Strukturwandel gestaltet man, bevor er beginnt. Wenn er erstmal zum Beschäftigungsabbau geführt hat, ist es meistens schon zu spät. Deshalb brauchen wir Transformationsbeiräte mit allen regionalen Akteuren:

Gewerkschaften, Arbeitgeber, Politik, Hochschulen und den Arbeitsagenturen. Hier wird Strukturpolitik anhand der regionalen Bedürfnisse gemacht und schafft nachhaltige und ökonomisch tragfähige Perspektiven.

Aus-, Fort- und Weiterbildung sind das A und O, um allen Beschäftigten den Weg in der Transformation zu ebnen:

Unsere Kolleginnen und Kollegen wollen aktiv den sozial-ökologischen Umbau in ihrem Sinne gestalten. Hierfür wollen sie qualifiziert werden. Das müssen die Arbeitgeber mal verstehen. Ihr Nutzen? Fachkräfte, die Werte schaffen.

Tarifbindung stärken

Wir wissen noch nicht, wie lange diese Krise dauert, was sie auf Dauer alles verändern wird und wie das neue Normal sein wird.

Ich meine ja, tarifgebunden und mitbestimmt – das muss das neue Normal sein.

Wer jetzt in einem tarifgebundenen und mitbestimmten Betrieb oder Unternehmen arbeitet, der hat mehr Geld und mehr Schutz. Und vor Corona? Im Jahr 2019 erhielten 71 Prozent der Beschäftigten in der Privatwirtschaft mit Tarif Urlaubsgeld. Ohne Tarif waren das nur 34 Prozent.

Weihnachtsgeld? Während 77 Prozent aller Beschäftigten in Betrieben mit Tarifvertrag Weihnachtsgeld erhalten, sind es in Betrieben ohne Tarifvertrag nur 41 Prozent. Arbeitgeber profitieren, weil ein gutes Betriebsklima zufriedene und motivierte Beschäftigte schafft und die Produktivität erhöht. Flächentarifverträge schaffen zudem gleiche Wettbewerbsbedingungen.

Auch der Staat profitiert durch höhere Steuereinnahmen. Und wenn der Arbeitgeber den Lohn ordentlich zahlt, so wie sich das gehört und niemand aufstocken muss, dann muss der Staat auch nicht draufzahlen.

Alle profitieren und doch geht die Tarifbindung zurück. Das ist nicht logisch.

Aktuell arbeiten nur noch 45 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Osten und 53 Prozent im Westen in tarifgebundenen Betrieben. Nur noch 27 Prozent aller Betriebe in Gesamtdeutschland sind tarifgebunden.

Viel zu viele Arbeitgeber meinen, sie können ihre Profite steigern, indem sie Löhne drücken und auf die Gesundheit ihrer Beschäftigten keinen Heller geben. Umstrukturieren, aufspalten, Tarifverträge nicht mehr anerkennen, das darf es nicht geben. Das ist asozial. Asozial ist auch, was die Arbeitgeber der Metall- und Elektroindustrie in Berlin, Brandenburg und Sachsen machen. Wer 31 Jahre nach der deutschen Einheit die Beschäftigten im Osten noch immer 3 Stunden pro Woche unbezahlt länger arbeiten lässt als die im Westen und nicht bereit ist, ein tarifliches Angleichungsgeld zu zahlen, der hat den Schuss nicht gehört.

Der Staat muss in Sachen Gute Arbeit Vorbild sein! Heißt: Wir wollen, dass nur noch Betriebe mit Tarifbindung öffentliche Aufträge bekommen. Wer sich nicht dran hält, bekommt auch keinen öffentlichen Auftrag.

Die Möglichkeit der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen muss außerdem weiter erleichtert werden.

Mit Steuern Lohndrücker subventionieren hat in einer solidarischen Zukunft der Transformation nichts zu suchen.

Bundestagswahl 2021

Dieses Jahr ist ein Wahljahr, in dem wir als Gewerkschaften klar sagen:

Wir wollen eine solidarische Zukunft. Wir erwarten von der Politik, dass sie die Fehler von vor der Krise nicht wiederholt – Stichwort schwarze Null und Schuldenbremse.

Wir erwarten, dass der Staat sich endlich mal um seine finanziellen Verhältnisse kümmert und die Einnahmen erhöht. Das heißt auch, dass die Lasten der Corona-Krise nicht allein bei den Beschäftigten hängen bleiben dürfen.

Die **Schwerpunkte des DGB** sind:

1. Massiv in die Zukunft investieren und die Transformation von Wirtschaft und Arbeitswelt aktiv mitgestalten – im Sinne der Beschäftigten.
2. Die Arbeitswelt der Zukunft gestalten und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen. Faire Arbeitszeitmodelle, klare Regeln für Homeoffice und mobiles Arbeiten und krisensichere Instrumente wie Kurzarbeit. Und: Wir wollen faire Einkommen. Deshalb sind mehr Tarifverträge und ein höherer Mindestlohn zwei ganz zentrale Punkte für uns.
3. Den Sozialstaat stärken und Sicherheit im Wandel garantieren. Wir brauchen starke Sozialversicherungen, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und einen Ausbau der sozialen Infrastruktur.
4. Wir müssen endlich ein solidarisches Europa verwirklichen und die Globalisierung fair gestalten. Was in der Corona-Krise galt, gilt schließlich auch für die Klimawende: Kein Land wird sie alleine bewältigen können. Wir brauchen einen solidarischen Neustart für Europa und für unsere internationalen Beziehungen.

Sicherheit im Wandel schaffen – daran werden wir die Parteien messen.

Herzlichen Dank für Eure Aufmerksamkeit!